

BMW Steyr führt Samstagarbeit ein

Im Gegenzug wird Arbeitszeit auf 36 Stunden verkürzt

Wien - BMW wird für sein Werk Steyr noch in diesem Jahr die Samstagarbeit einführen. Dadurch ist die Voraussetzung für den Ausbau des Werkes geschaffen worden, in dem Mitte 1997 die Kapazität von derzeit 419.000 auf 500.000 Stück steigen soll.

Nach Angaben des Arbeiterbetriebsrates Herbert Pühringer wurde mit der Unternehmensleitung ein Grundsatzvertrag abgeschlossen. Danach wird für die in der ersten Phase zunächst betroffenen 60 bis 70 Mitarbeiter die Arbeitszeit von derzeit 38 1/2 auf 36 Stunden verkürzt werden. Für die Mitarbeiter ist die Arbeit an einem Samstag im Monat Normalarbeitszeit. Der Vorteil für das Unternehmen ist eine Erhöhung der Betriebszeiten um rund 15 Prozent.

Bestandteil der Grundsatzvereinbarung ist auch, daß die derzeit bestehenden Arbeitsplätze (2300, davon 1700 Arbeiter) garantiert und durch die Ausweitung der Motorenfertigung auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Samstagarbeit wird zunächst in der Kurbelwellenfertigung für 60 bis 70 Mitarbeiter eingeführt und könnte insgesamt 650 Arbeiter betreffen.

Pühringer betonte im Gespräch mit Journalisten, daß die so heftig umstrittenen Überstundenzuschläge an den Personalkosten, gemessen am Umsatz, nur 0,08 Prozent ausmachen. BMW-Steyr-Chef Werner Sämman hatte im Februar die Einführung von Samstagarbeit ohne Lohnzuschlag als Voraussetzung für

den Ausbau des Standortes genannt.

Beim Gewerkschaftstag Metall-Bergbau-Energie hatte der Vorsitzende Rudolf Nürnberger erklärt, daß die Arbeitnehmervertretung sich keinen intelligenten Modellen der Flexibilisierung verschließen werde. Bereits 1986 habe man bei der kollektivvertraglichen Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 38 1/2 Wochenstunden sichergestellt, daß im Rahmen von Jahresarbeitszeitmodellen die wöchentliche Arbeitszeit auf 41 1/2 Stunden ausgedehnt werden kann. „Allerdings haben die Arbeitgeber davon kaum Gebrauch gemacht“, sagte der Vorsitzende der Metaller.

Nürnberger betonte auch, daß die Gewerkschaft bereit sei, für Überstunden auch die Abgeltung in Freizeit anstelle der üblichen Zuschläge zu akzeptieren. Etwa 10.000 bis 20.000 neue Arbeitsplätze könnten geschaffen werden, würden etwa die Hälfte der bisherigen Überstunden nicht mehr geleistet werden.

Flexible Arbeitszeiten über Kollektivvertrag

Eine Erhöhung der im Gesetz fixierten Tageshöchstarbeitszeit von neun auf zehn Stunden wird es nach dem Willen der Gewerkschafter nicht geben. Nürnberger schlägt im Gegenzug vor, im Arbeitszeitgesetz die Rahmenbedingungen so festzulegen, daß eine Regelung über die Kollektivverträge möglich wird. „Es macht keinen Sinn, für alle Branchen die gleichen Rege-

lungen zu fixieren. Die Verhältnisse bei den Bauarbeitern und im Fremdenverkehr sind gänzlich anders als in der Metallindustrie.“

Beim Gewerkschaftstag referierten als Gastredner Bernd Marin (Direktor des mit den UN verbundenen Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung und Stephan Schulmeister vom Institut für Wirtschaftsforschung. Beide betonten, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch Lohnreduktionen beseitigt werden könnte. Marin empfahl als Rezept flexiblere und verkürzte Arbeitszeiten. Allerdings müßten die Gewerkschaften einsehen, daß es dafür keinen vollen Lohnausgleich geben kann. Als durchaus akzeptable Beispiele nannte Marin die Aufteilung von acht Arbeitsplätzen auf neun Leute, wie es sie auch in der amerikanischen Stahlindustrie gebe. Die damit verbundenen Lohnneibußen würden nicht mehr als sieben Prozent ausmachen.

Schulmeister wies darauf hin, daß Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung Teil eines Krisensyndroms seien. Die Hochzinspolitik habe dazu geführt, daß die Verschuldung der westeuropäischen Staaten immer stärker anwuchs. Gleichzeitig reduzierten die Unternehmen ihre Investitionen, was wiederum die Zahl der Arbeitslosen erhöhte. Schulmeister verurteilte die Sparpolitik in Westeuropa, die die Konjunktur abwürge und die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung noch weiter erhöhen werde. (ha)